

Der Gemeindegewerkschafter

Zeitschrift für die Interessen der Handwerker, Arbeiter und Bediensteten in den Gemeinde-, Kreis- und Provinzial-Betrieben
Organ des Zentralverbandes der Gemeindegewerkschafter und Straßenbahner Deutschlands
:: Mitglied des Gesamtverbandes der christlichen Gewerkschaften ::

Er erscheint alle 14 Tage, für Mitglieder gratis. Durch die Post bezogen vierteljährlich 1,50 Mk.
Fernsprecher N 8538
Redaktionschluss Montags
Mittags vor Erscheinen d. Blattes.
Anzeigenpreis für die viergespaltene Zeile 20 Pfg. Anzeigen d. Ortsgruppen 10 Pfg.

No. 13 C 81 a, den 29. Juni 1918. VI. Jahrgang.

Interessengemeinschaft.

Aus Arbeiterkreisen wird in letzter Zeit in aufsteigender Weise auf die faktisch vielfach bestehenden gemeinsamen Interessen der Arbeitgeber und Arbeiter hingewiesen. Die christlich-nationale Arbeiterbewegung hat eine engere Interessengemeinschaft zwischen den beiden wichtigsten Faktoren im Produktionsprozesse, dem Unternehmer und der Arbeiterkraft auch stets anerkannt. Wir wissen, daß Kapital, Unternehmungs- und Geschäftsgeni einseitig, die Arbeiterkraft andererseits nur im erscheinenden Grundbesitz der Produktionsmöglichkeit sind, die sich gegen einander nicht aufbehalten können. Schmelzen sie schon die Unternehmung der Firma, ob beide Faktoren gleichmächtig oder ob der eine Teil mehr der andere Teil weniger stark, auf diese Interessengemeinschaft beruht. Zur Beantwortung dieser Frage muß erst eine Vorfrage gestellt werden, und zwar: Was leisten beide im Produktionsprozesse, und was erkläre sie dabei?

Der eine Teil, der Unternehmer, setzt seine Tüchtigkeit, seine Unternehmungslust, seine Fähigkeit und die Fähigkeit der Abwägen auszuwählen und insbesondere auch sein Kapital ein. Der andere Teil setzt seine Arbeitskraft ein, damit aber auch noch selbst als Mensch. Von der Bewertung seiner Arbeitskraft als seines reinen Vermögenswertes aber seine gesamte soziale, wirtschaftliche Lage abhänge und immer sämtliche soziale Lebenshaltung wird beibehalten und allein durch den Preis seiner Arbeitskraft, als einzige Einkommensquelle. Dieser Einsatz der Arbeiterkraft ist nicht nur ein adoptions ebenso hoch zu bewerten sein, wie der des Unternehmers. Letzterer riskiert sein Kapital, sein Vermögen und damit natürlich auch sich und seiner Familie Wohlstand. Im äußersten Falle bleibt ihm aber immer noch die übende Stellung als Betriebsleiter, Werkmeister oder Fabrikant. Auf der anderen Seite steht aber nicht nur die Existenz, sondern die Existenz, Gesundheit und Lebensfähigkeit dieser Arbeiter auf dem Spiele. Ein verlorenes Kapital ist schließlich zu ersetzen, Gesundheit und Arbeitskraft einmal verloren, ist unersetzlich. Dabei ist die Beteiligung am Produktionsprozesse. Diese Frage muß nicht nur beantwortet werden, sondern auch die Arbeiterkraft einbringen im Recht. Auf der einen Seite stehen wir von der Arbeiterkraft und betriebl. Verantwortung auf der anderen Seite ist immer wieder der Mangel an Verantwortung zur Achtung des Lebens. So vertritt der Unternehmer seinen rechtlich die Interessengemeinschaft. In der „deutschen Arbeitgeber-Zeitung“ Nr. 23 vom 1. Juni wird über den tiefen Mangel an Vertrauen

geklagt. Der Begriff des Vertrauens sei der Mittelpunkt der christlichen Sittlichkeit. Und jedes Land, jedes Staat in dem diese Grundlage des Vertrauens erschüttert werde, sei vor den düstersten Gefahren bedroht. Wer ist es denn, der diese schmerzlichen Gefahren heraufbeschwört, indem er alles Vertrauen der Arbeiterschaft gegenüber anderen Volksteilen, besonders gegenüber dem Unternehmertum rücksichtslos zerstört? Ist es nicht das Schwärzertum selbst, das jeden Versuch, ihm mit Vertrauen entgegenzutreten, grundsätzlich zurückweist? Versucht die Arbeiterschaft nicht immer wieder, oft trotz wiederholter schroffer Zurückweisung seitens der Schwärzer, durch immer neue Unterbreitung von Aufträgen und Eingaben, durch immer neue Versuche zu friedlicher Verhandlung und Verständigung das Verhältnis zwischen Unternehmer und Arbeiterschaft vertraglich zu gestalten? Wäre die Arbeiterschaft nicht so gerne bereit, das wünschenswerte Vertrauensverhältnis, wie es die wirtschaftliche Interessengemeinschaft eigentlich voraussetzt, anzubahnen, so würde sie wahrlich all diese Versuche zu friedlicher Verständigung als aussichtslos längst aufgegeben haben. Ist nicht auch unter steten Drängen nach Abschluss von Tarifverträgen, nach Errichtung von Arbeiterausschüssen, Arbeiterkammern usw. Beweis anderes Strebens nach einem solchen Vertrauensverhältnis? Nach einem Verhältnis, bei dem Unternehmer und Arbeiterschaft in friedlicher, vertraglicher Weise über die gemeinsamen wirtschaftlichen Interessen, wie sie sich aus dem Produktionsprozesse ergeben, beraten und verhandeln. Immer und überall sind es nur die Schwärzer, die die dargebotene Hand zu gemeinsamer Arbeit oft sogar recht brutal zurückstoßen und dadurch die oft bedauerlichen Kämpfe im Wirtschaftsleben heraufbeschwören. Trotz Krieg und Unruhmisere gehen es noch immer immer Stadtverwaltungen, die jede Verhandlung mit den gewerkschaftlichen Organisationen ablehnen, und sich entschieden weigern in ihren Betrieben Arbeiterausschüsse einzuführen, sofern sie nicht durch Gesetz dadurch gezwungen werden können.

Tritt in diesem Verhalten keine Wende ein, und die größten Schäden nach dem Kriege zu erwarten. Konfliktstoff hat sich mehr als genug angehäuft. Sie können vermeiden werden, wenn schon jetzt im Unternehmertum mehr guter Wille zur Verständigung nicht durch Worte, sondern durch die Tat bezeugt wird. Man laß sich nur einmal den Herrinhalten Gedankenpunkt fassen, u. lege sich mit der Arbeiterschaft, dem besten Vertreter an den Verhandlungstisch. Sehr bald wird es sich dann finden, daß die Arbeiterschaft nichts weiter verlangt als ihr antes Recht, ihr Recht auf angemessene Anteilnahme an dem Ertrage der Produktion und die Überwindung im gewerblichen und volkswirtschaftlichen Leben.

Der Bann ist gebrochen.

Bis zum Ausbruch des Krieges hatte die deutsche Gewerkschaftsbewegung eine starke Entwicklung zu verzeichnen. Der Krieg setzte ihr aber ein gewaltiges Ziel. Millionen von Arbeitern mußten statt des Arbeitsmittels den Soldatenrock anziehen an Stelle ihres bürgerlichen Berufes das grauliche Waffenhandwerk erlernen. Die Reihen der Gewerkschaften wurden dadurch stark gelichtet. Dazu kam, daß die Zahl der Eingezogenen mit der Dauer des Krieges beständig größer wurde, und es auch geraume Zeit dauerte, ehe die Friedenswirtschaft in die Kriegswirtschaft umgewandelt war. Wer nicht das wehrpflichtige Alter überschritten und nur einigermaßen gesunde Glieder hatte, mußte stets mit seiner Einziehung rechnen. Das alles lag wie lähmende Gewitterwolke bleisauer auf der gewerkschaftlichen Werbearbeit und hemmte sie in erheblichem Maße. So war es bis Ende des Jahres 1916 wie sonst in allen Verbänden auch in unserem Ver-

bande. Mit diesem Zeitpunkt aber war der Bann gebrochen, der sich um die Arbeiterkraft gelegt hatte. Die im Laufe des Krieges erzielten gewerkschaftlichen Erfolge redeten eine zu deutliche Sprache, als daß man sie hätte dauernd unbeachtet lassen können. Immer klarer und deutlicher stellte sich heraus, daß auch im Krieg die gewerkschaftliche Organisation, der Verband, der beste Sachwalter der Arbeiterinteressen ist. Dieser unumstößlichen Tatsache konnte man sich auf die Dauer nicht verschließen. Die einzig richtige Schlussfolgerung aber, die sich daraus ergab, war der Anschluß an die Gewerkschaft. So sehen wir denn, seit über einem Jahre, wieder ein starkes Anwachsen der Gewerkschaften. Die christlichen Gewerkschaften haben im vorigen Jahre über 110.000 Mitglieder gewonnen, vorwiegend allerdings in der Munitionindustrie. Entschiedenweise hält diese günstige Lage an.

Auch unser Verband hat im vorigen Jahre einen guten Schritt vorwärts getan und die Stagnation überwunden. Es ist das die Frucht eifriger Werbearbeit in einer Reihe von Ortsgruppen. Würden alle Ortsgruppen in gleichem Maße tätig gewesen sein, so wäre das Resultat ein noch besseres gewesen. Nun gilt es aber, Bekanntes nachzuholen. Es dürfte keine Ortsgruppe geben, die nicht das Orzival wenigstens einige Neuaufnahmen zu verzeichnen hat. „Stillstand ist Ruinwert“ sagt ein Bekanntes, wahres Sprichwort. Darum sollte in allen Ortsgruppen für die der Krone. Wo hätten wir unsere Reihen, wie wir müssen wir neue Mitglieder, die größte Aufmerksamkeit geschenkt werden. Das gilt besonders für solche Ortsgruppen, die stagnieren, also keine Mitgliederzunahme zu verzeichnen haben. Neben der Gewinnung der männlichen Kollegen müssen wir unser Augenmerk auch richten auf die Gewinnung der weiblichen Kollegen und der jugendlichen Arbeiter. Jeder Kollege und jede Kollegin sollte ihren Stolz darin setzen, dem Verbands neue Mitglieder zuzuführen. Je mehr, desto besser. Wer zumündel sollte man sich vornehmen, wenigstens ein Mitglied für den Verband zu gewinnen. Das ist mehr gar nicht so schwer, wie es sich manche vorstellen. „Kriech gewagt ist halb gewonnen.“ Durch eifriges Wiberfolge darf man sich nicht entmutigen lassen. „Beharrlichkeit führt stets zum Ziel.“ Vor allem sei bei dieser Gelegenheit auch wieder auf die Präsagitation hingewiesen. Man sammle bestimmte Adressen von Kollegen oder Kolleginnen. Diese werden dann Kollegen, die sich an der Präsagitation beteiligen, übergeben. Je ein oder zwei Kollegen besuchen dann die Angegebenen in ihrer Wohnung, sei es am Sonn- oder Wochentag, und suchen sie für den Verband zu gewinnen. Auf diese Weise haben manche Verbände Hunderte von Mitgliedern gewonnen. Auch bei uns muß diese Sache viel herzlicher angepackt werden; der Erfolg wird sich schon zeigen. Sage mit ferner, bei uns geht das nicht. Bei gutem Willen und eifrigen Kollegen geht es überall. „Probieren geht über Studieren.“ Die Stärkung der

Ortsgruppen aber liegt im eigentlichen Interesse der Kollegen selbst. Nun kommt es allerdings auch darauf an, die Mitglieder zu halten. Da muß vor allen Dingen für pünktliche Beforgung des Verbandsorgans und pünktliche Entfaltung der Beiträge gesorgt werden. Das ist in erster Linie Sache des Vorstandes und der Vertrauensleute. Der Ueberblick über zahlende und zahlende Mitglieder wird wesentlich erleichtert durch regelmäßiges Abrechnen der Vertrauensleute mit dem Ortsgruppenkassierer, was mindestens jeden Monat geschehen sollte. Selbstverständlich ist jedes Mitglied auch selbst verpflichtet, für pünktliche Beitragszahlung zu sorgen, damit es seine Untergrundansprüche an den Verband nicht verliert.

Ueberall sind in den Gemeinden und Straßenbahnbetrieben noch viele Unorganisierte anzutreffen. Sie mit es auch zu Wankämpfern für unsere gerechte Sache zu machen, damit es uns um so besser möglich wird, diese Betriebe zu Mutterbetrieben zu machen.

In unseren Schulen.

Die geschädigten Straßenbahnerinnen.

Unter obiger Ueberschrift lesen wir in der Berliner Tagespresse:

Den Schwestern und Schwesterninnen der Großen Berliner Straßenbahngesellschaft sind in der Verkehrsreform große Nachteile entstanden. Infolge des höheren Fahrpreises gibt es keine Prämien mehr. Die Gehaltserhöhung der Schwesterninnen ist aber außerdem durch den neuen Tarif noch geringer geworden, als bisher. Sie waren früher sehr Stunden um Tage tätig und erhielten dafür 158.40 pro Monat. Auf Veranlassung des Transportarbeiterverbandes ist ihre Arbeitszeit nun auf neun Stunden und ihr monatliches Einkommen auf 155.05.4 herabgesetzt worden. Wenn auch der Stundenlohn ein höherer war, so ist doch ihr Gesamt-einkommen gegen das frühere um 2.05.4 zurück, was nach der Ausfall von Prämien bedeutet. Die Schwesterninnen sind deshalb bei der Direktion der Großen Berliner Straßenbahn vorzeitig geworden, wieder zehn Stunden arbeiten zu dürfen. Dessen Verlangen soll nun stattgegeben werden. Das monatliche Einkommen der Schwesterninnen wird sich dadurch auf 163.80.4 erhöhen.

Als bei zehntündigem täglichen Dienst ein Gesamtlohn von 6.40 Mk. pro Tag in der teuersten Stadt Deutschlands. Auf diese Verhältnisse können weder die größte Straßenbahn Deutschlands, noch die Angestellten und ihre Organisation stolz sein.

Kundschau.

Ein gleiches Wahlrecht in Preußen?

In der ersten Kammer hat sich der preussische Landtag zu einem Antrag auf ein gleiches Wahlrecht geäußert. Es lagen sowohl Anträge vor, auf Einführung eines Mehrstimmwahlrechts, wie auf Beseitigung des in der Regierungsvorlage vorgesehenen, gleichen Wahlrechts. Die der christlich-nationalen Arbeiterbewegung angehörenden Abgeordneten traten für die von den christlichen Arbeiterorganisationen vorgeschlagenen Verbesserungen der Vorgabe wie für das gleiche Wahlrecht ein. Die Koalitionsmehrheit stimmte alles nieder und druckte ihre eigenen konstitutionären Anträge durch. Es gewinnt immer mehr den Anschein, als ob es dieser Meinung nicht nur gleichgültig sei, ob sie mit der Regierung und dem Volke in Konflikt geraten, sondern daß sie diesen Konflikt geradezu suchen. Wie würden diese Leute sich entrichten, wenn die Arbeiter sich in ähnlicher Situation ebenso hoch über der Regierung gegenüber zeigen würden? Dann würde wohl kein Wort der Kritik schärft genug sein, um es gegen die Arbeiter anzuwenden. Zu berücksichtigen ist ferner, daß es sich durchaus um die gleichen Leute handelt, die auch von einer Gleichberechtigung der Arbeiterchaft im Arbeitsverhältnis nichts wissen wollen, sondern auch da den Herrenmenschen herausschreien. Das mag man bei der ferneren Entwicklung der Dinge im Auge behalten. Läßt man es zum Bruch kommen, dann werden die christlichen Arbeiter wissen, was sie zu tun haben. Die Folge werden wir mancher der sehr Seiten recht unangenehme sein.

Kassenbericht für das Jahr 1917.

Einnahmen	M.		J.		Ausgaben	M.		J.	
	1917	1916	1917	1916		1917	1916	1917	1916
Kassabestand 1916 Hauptkasse	39364	66			per Unterstüßungen (Hauptkasse)	19373	53		
Kassabestand 1916 Lokalkassen	6646	56	46011	22	" (Lokalkassen)	658	70	20062	28
Zu Aufnahmegebühren			808	20	" Verbandsorgan Redaktion	1250	00		
Beiträge			41942	70	" " Druck	2725	90		
Extra- und Lokalbeiträge			5072	63	" " Verlag	340	63	4316	53
Broschüren (Hauptgeschäftsstelle)	16	20			" Sekretariate und Agitation	7254	37		
" (Ortsgruppen)	322	28	338	48	" Agitation in den Ortsgruppen	74	50	7328	87
Zeitungssubonnement			121	08	" Verwaltungskosten persönliche	2486	53		
Zinsen	1149	27	1518	02	" Miete, Telefon, Druckmaschinen usw.	2584	66		
Stückzinsen und Kursgewinn	358	75	481	58	" Verwaltungskosten der Ortsgruppen	5818	35	10839	54
Vorschuß zurückerhalten			88	49	" Lohnbewegungen			2679	05
Rückstände vom vorigen Jahr					" Bildungszwecke (Hauptkasse)	704	63		
sonstige Einnahmen (Hauptkasse)	186	35			" (Ortsgruppen)	431	24	1185	87
" (Lokalkassen)	54	18	940	48	" Porto			237	12
					" Versicherungsbeiträge			1792	77
					" Beitrag zum Gesamtverband			1223	83
					" " zu den Ortsstellen			961	28
					" Delegationen und Sitzungen			468	05
					" Witwenpension			200	00
					" Reisevorschuß			100	00
					" sonstige Ausgaben (Hauptkasse)	96	54		
					" (Ortsgruppen)	1143	49	1240	08
					" Kassabestand in der Hauptkasse	38807	54		
					" Kassabestand in den Lokalkassen	3380	16	44687	70
			17822	88				97322	88

Zusammenfassung:

Einnahmen	51311,60 M.
Ausgaben	42635,18 M.
Mehrausgabe	1823,52 M.
Kassabestand 1916	40011,22 M.
Kassabestand 1917	44087,70 M.

Vermögensnachweis:

Kassabestände	44087,70 M.
Reisevorschüsse	600,00 M.
Büroeinrichtungen	3610,51 M.
Gesamtvermögen	49058,21 M.

Vorstehenden Abkolum geprüft und mit der Kasse, den Büchern und Belegen in Uebereinstimmung befunden.

Coln, den 20. Mai 1918.

Der Kassierer, gen. V. G. Schmidt.

Die Rechnungsprüfer:

gen. S. P. Wich, Decker gen. J. F. Gull.

Unser Verband im Jahre 1917.

Zum Kassenbericht.

Vorliegend geben wir unseren Mitgliedern den Kassenbericht für das Jahr 1917. Wenn auch Zahlenreihen in der Regel wenig Interesse finden, so sollten diese bei unseren Mitgliedern eine Ausnahme machen. Spiegelt sich doch im Kassenbericht einerseits die ganze Entwicklung des Verbandes im Berichtsjahre wieder.

Die Beiträge. Das Rückgrat einer jeden Organisation, betragen 1917 70,4 und 5723,10 M. mehr wie im Vorjahre. Verkauft wurden 106 758 Wochenbeitragsmarken. Im Durchschnitt fielen auf jedes am Schlusse des Jahres vorhandene Mitglied 38,9 Wochenbeiträge im Betrage von 14,52 M. Diese Summe gleicht dem durchschnittlichen Wochenbeitrage von 39,6 S. Unter Einwirkung der Extra- und Lokalbeiträge erhöht sich die Beiträge auf 1,8 M pro Woche, oder 1,74 M pro Jahr. Die Gesamtdurchschnittsleistung stellt sich daher auf 44,4 S, resp. 16,31 M, gegenüber 41,1 M im Vorjahre. Da sich im Berichtsjahre die Mitgliederzahl um 1032, oder gleich 55 Prozent, gehoben hat, und da der Zuwachs hauptsächlich im letzten Vierteljahr stattfand, ist die Erhöhung der Beiträge als eine gute zu bezeichnen. Wird der Jahresbeitrag der Mitgliederzahlen der Berechnung zugrunde genommen, ergeben sich 43 Wochenbeiträge für das Jahr. Unter Berücksichtigung des vom 1. Januar 1918 ab erhobenen Zuschlags von 10 M kann die Höhe des Wochenbeitrages als angemessen

erachtet werden. Da aber der Geldwert erheblich gesunken wäre es wünschenswert, auch die Unternehmungen dem mehr anzupassen. Dieses kann aber nur dann geschehen, wenn auch gleichzeitig für Deckung der Mehrausgaben gesorgt wird. Der nächste Verbandstag wird sich in der Hauptsache mit dieser Frage beschäftigen müssen.

Bei den Ausgaben stehen die Unterstüßungen an erster Stelle. Sämtliche statutarischen Unterstüßungen wurden, wie in den ersten drei Berichtsjahren, auch im vierten voll aufrecht erhalten. 20 062,23 M, gleich 42,6 Prozent der Beiträge, wurden den Mitgliedern bei den Wechselfällen des Lebens im Berichtsjahre wieder ausbezahlt.

Die Teuerung kommt bei dem hohen „Druck des Verbandsorgans“ zum Ausdruck. Seit 1914 haben sich die Kosten um 64 Prozent erhöht, wozu noch eine weitere Erhöhung um zickelw 10 Prozent im laufenden Jahre kommt. Dieser Anstieg ist auch zum Teil für die Erhöhung der Verwaltungskosten verantwortlich zu machen, da alle Druckkosten die Steigerung mitmachen. Notwendig gewordene Teuerungszulagen an die Angestellten des Verbandes, und die Versteuerung des Reisens erhöht die Kosten. Sekretariate und persönliche Verwaltungskosten erheblich. Der Beitrag zum Gesamtverband wurde durch Beschluß des Ausschusses für das Berichtsjahr verdoppelt. Der Posten „Sonstige Ausgaben der Ortsgruppen“ mag doch erscheinen. In ihm sind aber eine Reihe durchlaufender Posten

enthalten, dem ein Gegenstück in den Einnahmen gegenübersteht. Der Kassenbestand in der Hauptkasse sank um 3057,12. M auf 36 507,54. M, dagegen hatten die Lokalkassen eine Mehreinnahme von 1733,60. M zu verzeichnen. Der Gesamtkassenbestand verminderte sich daher nur um 1323,52. M. Angelegt ist der Kassenbestand zur Hälfte in Reichsanleihe. Ein Teil befindet sich auf der Sparkasse der Stadt Köln. Beteiligt ist der Verband mit zusammen mehreren tausend Mark auch am Gewerkschaftshaus in Köln, an der Gemeinnützigen Aktiengesellschaft für Wohnungsbau, dem Gewerkschaftsheim in München und der Gesellschaft „Deutsche Arbeit“.

Offentlich werden wir im nächsten Jahre in der Lage sein, über die Rückkehr unserer jetzt noch im Felde stehenden Mitglieder berichten zu können, wodurch dann auch der Kassenabschluss günstiger sich gestalten wird.

Wohnungsfrage und Verkehrsweisen. Allenhalben steht die Wohnungsfrage auf der Tagesordnung und wird an der Bekämpfung der drohenden großen Schwierigkeiten, auf dem Gebiet des Wohnungswesens eifrig gearbeitet, aber ein großes Gebiet ist dabei bisher stiefmütterlich behandelt worden: das Verkehrsweisen u. s. Und doch kann über die ungeheure Wichtigkeit einer zweckmäßigen Gestaltung des Nahverkehrs für das Wohnungswesen überhaupt keine Meinungsverschiedenheit herrschen. Der Deutsche Wohnungsanschein, in dem die zahlreichen großen Organisationen sich zu gemeinsamen Wirken verbunden haben, hat deshalb vor kurzem beschlossen, die Verkehrsfrage unter dem Gesichtspunkte des Wohnungswesens im Herbst auf einer besonderen Tagung zu verhandeln. Man wird hoffen dürfen, daß bei dieser Gelegenheit diese wichtige Frage eine wesentliche Klärung und Förderung erfahren wird.

Aus den Ortsgruppen

Baden. Endlich hat sich die hiesige Stadverwaltung entschlossen, ihren Arbeitern einen Teil der seit längerer Zeit schon notwendig und von uns wiederholt beantragten Erhöhung ihres Entlohntums zu bewilligen. Aber wie gesagt nur zum Teil. Ihrer alten Geoprigkeit, die Verbesserungen an sehr unbedeutender Weite an die einzelnen Gruppen zu gewahren und hierüber zwar mehrfach die am schlechtesten Entlohneten auch am schlechtesten zu bedenken, ist sie auch diesmal kein gebührendes Nachsehen. Was in den günstigen Fällen an die Arbeiterbewegung bewilligt wurde, entspricht nicht entfernt der bestehenden Lagem. Dem berechtigten Wunsch, allen Arbeitern bei der dem Kriege üblichen Notlage wieder voll zu gewahren, trägt man immer noch nicht Rechnung. Und doch wäre gerade jetzt bei der mangelhaften Ernährung und dem dadurch bedingten rascheren Krankheitsverlauf eine solche Erhöhung, wie sie der Notlage hienieden wurde, sehr wünschenswert, oder sogar unbedingt notwendig. Wie in den erwähnten, so jetzt man auch in allen anderen Fällen, wo berechnigte Wünsche und Beschwerden der Arbeiterschaft vorliegen, wenig oder überhaupt keine Entgegenkommen. An die ja notwendige Schaffung von Arbeiterausständen ist man ebenfalls noch nicht herangekommen, trotzdem man der Organisationsleitung gegenüber auf ihre Wohlbegünstigten Eingehen stets betont, das man mit der Arbeiterschaft selbst über deren Wünsche verhandelt. Wann werden diese Verhandlungen denn eigentlich geföhrt? Ein Arbeitsausstand ist nicht nicht. Einzelne Arbeiter aber hüben sich wohlweislich mit Wünschen und Beschwerden vorstellig zu werden, weil sie aus Erfahrung wissen, daß einzelne der Vorgesetzten sich nicht ihnen ihnen unerschrocken mit dem Schlichter zu stellen. In dem nun der richtige Weg ein erträgliches Verhältnis zwischen Verwaltung und Arbeiter zu schaffen. Müssen die Arbeiter erst von der Verwaltung selbst gezwungen werden, zum letzten Mittel zur Geltendmachung ihrer Rechte zu greifen, wenn nach Beendigung des Krieges erst wieder die Anwendung dieses Mittels möglich ist? So argen die Arbeiterschaft in unheimlichen Gefahren zu der Verwaltung hat. Es mag gewisse noch doch möglich sein können, daß auch die Geduld der ruhigen Arbeiterschaft eine Grenze hat. Wenn diese Grenze bisher nicht überschritten wurde, so nur, weil die Arbeiterschaft in lebenswichtigen Dingen ihre noch so berechtigten Wünsche aus vaterländischen und nationalen Gründen in der gegenwärtigen schwierigen Lage mit den Mächten

erkämpfen mag, wie sie manchmal rücksichtigen Verwaltung gegenüber einzig und allein angebracht erscheinen. Für die Bekämpfung aller städtischen Betriebe gilt es, sich zu diesem Kampfe gegen alle soziale Rückständigkeit bei Zeiten zu rüsten, um nach dem Kriege unseren Angehörigen gewachsen zu sein.

Arbeiterbewegung.

Die freien Gewerkschaften. Nach einer Zusammenstellung des Korrespondenzblattes hatten die sozialdemokratischen Gewerkschaften Mitglieder im Jahre

1913	2.525.042
1914	1.502.911
1915	944.853
1916	944.575
1917	1.275.345

Im Jahre 1917 zählten die freien Gewerkschaften unter den 1.275.345 Mitgliedern 332.832 weibliche Mitglieder gegen 228.205 weibliche Mitglieder im Jahre 1913.

Verbandsnachrichten.

Im 1. Quartal haben weiter abgerechnet die Ortsgruppen: Barmen, Krefeld, Köln (Schuldiener), Köln (Str.), Bromberg, Düsseldorf (Str.), Köln (Fuhrv.), Frankfurt (Oder), Raderborn und Elberfeld.

Neue Ortsgruppen wurden gegründet in: Barmen (Str.), Barmen-Weidenfeld (Str.), Gimmelsbach (Str.), Neuk (Str.) und Dortmund (Schuldiener).

Der Zentralvorstand.

Gedenktafel.

Gestorben ist der Kollege
Sebastian Guskewer, Regensburg.
Ehre seinem Andenken!



Es starben den Heldentod in treuer Pflichterfüllung fürs Vaterland die Kollegen

- Jakob Simon,**
gefallen am 6. Juni
- Albert Matyczok,**
gefallen am 24. April
- Ernst Laaser,**
- Vincenz Clemens,**
- Adam Wallenborn,**
- Jakob Manns,**
- Josef Zavelzburg,**
- Carl Dunkel,**
- Josef Stommel.**

Mitglieder der Ortsgruppe Köln-Str.

Wir werden ihnen ein ehrendes Andenken bewahren.